

## **„Mythos Bildung? „Humankapitalismus“ und soziale Integration“**

„Bildung ist die beste Sozialpolitik“ – so oder ähnlich könnte man die Agenda überschreiben, die heute die Diskurse in weiten Teilen der an sozialen Fragen interessierten Fach- und Medienöffentlichkeit zu bestimmen scheint. Ob nun „vorsorgend“, „aktivierend“ oder „investiv“ – der moderne Sozialstaat sollte sich nach Meinung vieler Beobachter und Kommentatoren zumindest ein Stück weit von der Fokussierung auf seine großen Sozialversicherungs- und Fürsorgesystemen lösen und nach neuen Möglichkeiten suchen, soziale Kohäsion und wirtschaftliches Wachstum (wieder) miteinander in Einklang zu bringen. Bildungspolitik, so scheint es, liefert hier eine perfekte win-win-Lösung: Zum einen, so die Annahme, können verbesserte Bildungsmöglichkeiten den einzelnen vor Erwerbslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und einem erhöhten Armutsrisiko schützen; zum anderen liefern sie auch einen unverzichtbaren Beitrag, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in der globalen Wissensökonomie zu stärken.

Wie belastbar sind aber die empirischen Grundlagen, auf denen die behaupteten Zusammenhänge beruhen? Welches sind die institutionellen, politischen und sozialen Bedingungen, unter denen die Förderung und Pflege von Humankapital Desintegrationstendenzen in Gegenwartsgesellschaften tatsächlich entgegenwirkt? Dienen die von verschiedenster Seite vorgebrachten Diskurse über die Rationalität von Investitionen in das „Humankapital“ nicht auch als sozialpolitische Kompromissformel, hinter der sich massive Interessengegensätze oder konkurrierende Wertvorstellungen verbergen und die sich allzu leicht dazu nutzen lässt, andere – möglicherweise virulentere – soziale Probleme von der gesellschaftspolitischen Agenda zu verabschieden? Diesen und benachbarten Fragestellungen widmete sich die Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik, die im Oktober 2009 an der Universität Duisburg-Essen stattfand.

Im Eröffnungsvortrag „Bildung als Schlüssel sozialer Ungleichheit? Analytische und politische Perspektiven“ präsentierte *Olaf Groh-Samberg* (Bremen) die Ergebnisse einer empirischen Analyse von Armutsrisiken und Armutsstrukturierung auf Grundlage des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Die hierbei verwendete Kombination aus multidimensionaler Armutskonzeption und längsschnittlich-dynamischer Perspektive zeigte zunächst eindrucksvoll, dass das Risiko verfestigter Armut stark von dem formalen Bildungsniveau abhängt. Insbesondere das Risiko für die Gruppe mit geringer formaler Bildung (maximal Hauptschul-

abschluss) hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht. Deutlicher noch als von dem Bildungsniveau hängt das Risiko verfestigter Armut jedoch von der eigenen Klassenlage ab: Ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter weisen ein mehrfach höheres Armutsrisiko auf als Mittelklassen und insbesondere als Dienstklassen. Sekundäre Herkunftseffekte, die zudem im Lebenslauf kumulieren, bleiben somit unabhängig von der individuellen Leistung ein wichtiger Erklärungsfaktor der intergenerationalen Klassenmobilität. Vor diesem Hintergrund, so Groh-Samberg, erweist sich das derzeit dominierende, meritokratische Leitbild der Bildungspolitik mit seiner immanenten Ideologie der „Leistungsgerechtigkeit“ und „Kompetenz“ als Mythos: Weder „Teilhabegerechtigkeit“ als regulatives normatives Prinzip noch individualisierte Leistungsmessungen als zunehmend genutztes Instrument des Qualitätsmanagements sagen etwas über die zu Grunde liegenden positionalen Ungleichheiten aus. Das „Paradox der Bildungsexpansion“ (Geißler) besteht darin, dass die tendenziell kleiner werdende Gruppe mit geringer formaler Bildung sowohl durch Verdrängung und Stigmatisierung, aber auch als Folge negativer Selbstselektion immer stärker marginalisiert wird. Groh-Samberg plädierte daher für einen Übergang von einer lediglich expansiven zu einer stärker kompensatorischen Bildungspolitik; dem momentan grassierenden „Test-Score-Essentialismus“ sei zudem ein Konzept „reflexiver Pädagogik“ entgegenzusetzen.

Auf der anschließenden, von *Karin Gottschall* (Bremen) moderierten Podiumsdiskussion zum Tagungsthema „Mythos Bildung?“, an der neben Groh-Samberg auch *Barbara Steffens* (MdL NRW), *Axel Plüneck*e (IW Köln) und *Michael Vester* (Hannover) teilnahmen, stand die Frage im Mittelpunkt, inwiefern Bildungspolitik als sozialpolitische Therapie aktueller gesellschaftlicher Krisenerscheinungen wirken kann und soll und welche konkreten Konsequenzen mit einer stärker als Ersatz für bzw. als neue Form von Sozialpolitik konzipierten Bildungspolitik verbunden sein könnten. Hier zeigte sich ein überraschend großer Konsensbereich zwischen den Podiumsteilnehmern: Ungeachtet der zweifellos notwendigen Verstärkung der Bildungsinvestitionen quer durch alle Bildungsstufen, so die einhellige Meinung, wirke eine reine Bildungsexpansion angesichts der multiplen sozialen Selektionsmechanismen des deutschen Bildungssystems noch nicht kompensatorisch. Bildungsreformen könnten kein sozialpolitisches Allheilmittel, sondern lediglich ein relevanter Baustein bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sein. Direkte Umschichtungen vom Sozial- in den Bildungsetat seien daher nicht sinnvoll; Spielraum hinsichtlich der Gegenfinanzierung sahen die Podiumsteilnehmer allerdings bei bestimmten familienbezogenen Leistungen, die primär der Subventionierung der Ehe dienen (z.B. Ehegattensplitting). Während Plüneck

entlasten könnten, wies Groh-Samberg darauf hin, dass der Abbau bestimmter institutioneller Selektions- und Stratifizierungsmechanismen nicht unbedingt zusätzliche finanzielle Mittel, sondern vielmehr eine veränderte pädagogische Konzeption erfordere. Einigkeit bestand schließlich hinsichtlich der Einschätzung von Steffens, dass sich eine Politik der realen Chancengleichheit im Bildungssystem gegen massive, konservativ-statusorientierte Widerstandspotenziale durchzusetzen habe und eines breiten gesellschaftlichen Rückhalts bedürfe. Die von Vester geforderte „Koalition der langfristig Denkenden“ hatte sich somit zumindest auf dem Podium bereits gefunden.

Am zweiten Konferenztag ging *Solveig Randhahn* (Münster) in ihrem Vortrag „Wohlfahrtsorientierte Bildungspolitik – Ein Wandel im Verhältnis von Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland?“ der Frage nach, ob die bisherige formale Trennung der beiden Politikbereiche „Bildung“ und „Sozialpolitik“ vor dem Hintergrund des deutschen „Bildungsföderalismus“ und der verschiedenen bildungspolitischen Programme auf Länderebene faktisch durchlässiger wird. Im Mittelpunkt des Vortrags standen dabei zwei zentrale Reformmaßnahmen der aktuellen nordrhein-westfälischen Bildungspolitik – die „Hauptschuloffensive“ und das Gesetz zur „Eigenverantwortlichen Schule in NRW“. Randhahn zeigte auf, dass sozialpolitische Motive zwar in beiden Fällen eine zentrale Rolle auf der Begründungs- und Rechtfertigungsebene spielen, in der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung der Maßnahmen allerdings nach wie vor große Lücken und zahlreiche nicht-intendierte Entwicklungen festzustellen sind, die den Anspruch einer Bildungspolitik als präventive Sozialpolitik konterkarieren. Trotz durchaus erkennbarer positiver Entwicklungstrends bleiben letztlich gerade diejenigen, die sozialpolitischer Unterstützung am meisten bedürfen, weiterhin die „Verlierer“ im System. Randhahn plädierte vor diesem Hintergrund für die Stärkung der kooperativen und koordinativen Elemente im deutschen Bildungsföderalismus, um existierende Blockaden in der Bildungspolitik zu überwinden.

*Susanne Draheim* (Brandenburg), *Alexandra Krause* und *Tilman Reitz* (beide Jena) stellten in ihrem Vortrag „Von Chancen und Statuskämpfen. Klassenverhältnisse in der Erziehungsgesellschaft“ einige konzeptionelle Vorüberlegungen zu einem geplanten explorativen Forschungsprojekt vor, welches die nationale Umsetzung zweier zentraler Strategien der EU-Bildungspolitik („Lebenslanges Lernen“ und „Gemeinsamer Europäischer Hochschulraum“) analysieren und dabei Diskursanalysen bildungspolitischer Leitlinien mit empirischen Studien bildungsvermittelter Ungleichheit verbinden will. Ausgehend von der bereits von Groh-Samberg geäußerten Befürchtung einer zunehmenden Invisibilisierung positionaler Ungleich-

heiten durch individualisierende Leistungs- und Verantwortungszuschreibungen stellten die Forscher fest, dass selbst vordergründig universalistische Bildungsoffensiven im Ergebnis eine Infrastruktur herstellen könnten, die genutzt werden kann, um Klassengrenzen zu befestigen oder neu zu ziehen. Angesichts der Tatsache, dass durch das Bildungssystem hierarchische oder machtförmige Strukturen gesellschaftlicher Arbeitsteilung reproduziert werden, die durch expansive Bildungspolitik allein nicht egalisiert werden können, müsse das Versprechen einer klassenlosen Bildungsgesellschaft lernender Individuen, welches im Rahmen des allgegenwärtigen „Pisa-Talks“ transportiert werde, daher kritisch an der institutionellen Realität gemessen werden.

In ihrem Vortrag „Bildungspolitik als Sozialpolitik: Wie sich das Gatekeeping für gering qualifizierte Jugendliche verändert“ stellte *Bettina Kohlrausch* (Göttingen) fest, dass sich insbesondere bei der institutionellen Rahmung des biographischen Übergangs zwischen Schule und Ausbildung eine neue institutionelle Logik abzeichnet, welche die Grenzen zwischen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zunehmend verschwimmen lässt. Vor allem im Hinblick auf gering qualifizierte Jugendliche wird Bildungspolitik verstärkt als präventive Arbeitsmarktpolitik verstanden: So sind in vielen Bundesländern bereits in der Hauptschule besondere Förderklassen eingerichtet worden, in denen „akut abschlussgefährdete“ Schüler/innen einen Teil der Schulzeit in Betrieben verbringen. Regulärer Unterricht wird somit zugunsten einer (erhofften) besseren Anbindung an den Ausbildungsmarkt reduziert, der Integration in den Arbeits- und/oder Ausbildungsmarkt wird Priorität gegenüber anderen bildungspolitischen Zielen beigemessen. Auf der Grundlage der Ergebnisse verschiedener Evaluationsprojekte wies Kohlrausch darauf hin, dass die im Rahmen dieser neuen Interventions- und Zuweisungslogik angestrebte Erweiterung der Chancen auf einen Ausbildungsplatz für die betroffenen Jugendlichen mit einer Stigmatisierung sowie einer Verarmung der Lernumwelt einhergehen kann. Gehe man davon aus, dass soziale Integration mehr ist als Arbeitsmarktintegration, so sei dies ein durchaus problematischer Befund.

*Aladin El-Mafaalani* (Bochum) zeigte in seinem Vortrag „Vom Sozialstaat zur Bildungsrepublik? Soziale Sicherheit und Bildungsgerechtigkeit im Zeitalter der Aktivierungspolitik“ anhand einer Analyse der Selektionslogik, der Kriterien der Mittelzuweisung und der Beförderungspraxis im deutschen Schulsystem auf, dass die bestehenden Strukturen faktisch nicht nur keine Anreize zu einer tatsächlichen Verbesserung der Qualität der Lehre oder zu einer intensiveren Betreuung der Schüler/-innen setzen, sondern ihnen oftmals sogar entgegenstehen. El-Mafaalani kam daher zu dem Schluss, dass eine rein quantitative Expansion der Bildungsauf-

wendungen unter Beibehaltung der überkommenen Strukturen – nach dem Motto: „mehr Geld, mehr Lehrer“ – an den tatsächlichen Problemlagen des Bildungssystems vollkommen vorbei gehen würde. Der in vielen Bundesländern beschrittene Weg zu mehr Konkurrenz und Eigenverantwortung der Schulen könne der beschriebenen Problematik allerdings ebenso wenig gerecht werden, wenn eine vermeintlich stärkere Wettbewerbsorientierung lediglich der Vermeidung notwendiger Strukturreformen diene. Der Gefahr, dass „Bildungsgerechtigkeit“ zum Mythos werde, könne letztlich nur durch eine umfassende, strukturverändernde Politik entgegengewirkt werden, in der Bildung und soziale Sicherheit konsequent zusammen gedacht werden.

*Karin Gottschall* (Bremen) und *Karen Shire* (Duisburg-Essen) setzten sich in ihrem Vortrag „Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit durch Bildung?“ aus einer geschlechtersensiblen Perspektive kritisch mit dem Verständnis von Bildungsinvestitionen und Sozialpolitik im „Varieties of Capitalism“-Ansatz auseinander. Dabei arbeiteten sie mit Blick auf die geschlechtsspezifischen Besonderheiten des dualen Ausbildungssystems in Deutschland als koordinierter Marktökonomie heraus, dass der „Varieties of Capitalism“-Ansatz aufgrund diverser konzeptioneller Engführungen und blinder Flecken (z.B. die Fokussierung auf industrielle Beschäftigung und die Vernachlässigung der Rolle des Staates als Arbeitgeber) wesentliche Aspekte horizontaler und vertikaler Gender-Segregation unberücksichtigt lässt. Im Hinblick auf den möglichen Beitrag eines neuen ‚Humankapitalismus‘ zu mehr Geschlechtergerechtigkeit verwiesen Gottschall und Shire auf die historische Erfahrung, dass der Genderbias am Arbeitsmarkt weitgehend unabhängig von der Art der Bildung, sondern vielmehr in der Übersetzung von Bildungsgewinnen in Arbeitsmarkterfolg wirkt. Zudem wiesen sie darauf hin, dass die im konservativen Wohlfahrtsregime aktuell angewandten Strategien der Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit (Defamiliarisierung und Re-Kommodifizierung) neue Risiken sozialer Ungleichheit sowohl zwischen Männern und Frauen als gerade auch unter Frauen selbst bergen.

*Ute Klammer* (Duisburg-Essen), Mitglied im von der Bundesregierung berufenen Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), berichtete in ihrem Vortrag „Chancengleichheit, Qualitätsmanagement und Kompetenzentwicklung – Anforderungen an das Bildungssystem aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung“ aus der laufenden Arbeit des RNE an einer schriftlichen Empfehlung zur Bildungspolitik, die im Laufe des Jahres 2010 verabschiedet werden soll. Vor dem Hintergrund des hohen, im Rahmen der bisherigen deutschen Nachhaltigkeitsberichterstattung aber noch nicht in ausreichendem Umfang thematisierten Stellenwerts von

Bildung als Bestandteil der „sozialen Säule“ der Nachhaltigkeit konstatierte Klammer einen erheblichen politischen Handlungsbedarf. Ziel einer nachhaltigen Bildungspolitik müsse auf allen Stufen des Bildungswesens die strukturelle Ermöglichung einer selbstbestimmten Gestaltung der eigenen Bildungsbiographie als Teil eines selbstbestimmten Lebens sein. Dazu müssten im Sinne der Durchlässigkeit sowohl die diversen institutionellen Sollbruchstellen in der „Bildungskette“ identifiziert als auch die mit ihnen verbundenen sozialen Ausschlusskriterien gezielt abgebaut werden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum Erwachsenenbereich müsse das Bildungssystem über die Vermittlung von Fachkenntnissen hinaus auch zum vernetzten Denken, zur Selbständigkeit und zur kritischen Bewertung unterschiedlicher Positionen befähigen und entsprechende Schlüsselkompetenzen vermitteln. Abschließend stellte Klammer ausgewählte Empfehlungen aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung zur Diskussion; sie wies dabei insbesondere auf die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen bei der Organisation und Abstimmung gemeinsamer Bildungsaufgaben zwischen Bund und Ländern hin.

Insgesamt zeigte sich als Tenor der zweitägigen Konferenz eine große Skepsis der Forschung gegenüber einem Konzept von Bildungspolitik als „bessere Sozialpolitik“. Zum einen herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass gesteigerte Bildungsinvestitionen keinesfalls „klassische“ Sozialpolitik ersetzen können und eine lediglich expansiv angelegte Bildungspolitik ohne flankierende Strukturreformen keine nachhaltige sozial- und gesellschaftspolitische Verbesserung verspricht. Zum anderen stimmten die meisten Diskussionsteilnehmer aber auch darin überein, dass sich Bildungspolitik ihrerseits nicht auf die ihr von verschiedenen Seiten aus zugedachte Funktion präventiver Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verengen lassen sollte. Ob aber der Vorschlag eines Diskussionsteilnehmers aus dem Publikum, angesichts des derzeit vorherrschenden Bildungsoptimismus in Politik und Medien eine „ständige Kommission für Bildungsskepsis“ einzuberufen, wirklich ernst gemeint war, konnte bis heute nicht abschließend geklärt werden.

*Antonio Brettschneider, Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Berliner Platz 6-8, 45127 Essen, antonio.brettschneider@uni-due.de*

Eine gekürzte Version des Berichtes erscheint in *Soziologie*, 39. Jg., Heft 2, S. 240–244.